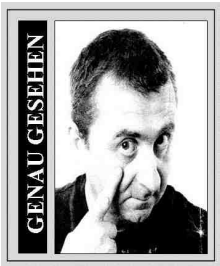
AUFGEMERKT & *ANGEMERKT*

●Freundeskreis ● Neue Zeit ● Geschichte

Nr. 17



»Flüchtlingskrise« in Wahrheit: eine Krise der Solidarität, eine Krise des politischen Willens

Zur Erinnerung Bilder aus 2015
Wie Dresden im "Kölner Stadt-Anzeiger" (Ausschnitt unten) gezeigt, hat auch "Die Wut von Einsiedel" für Stimmung im Land gesorgt.

...und bei alledem das Desaster Arm Reich nicht vergessen!

.

Es braut sich was zusammen!

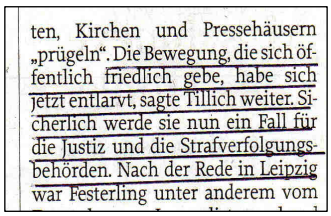
"Pegida hat die Maske fallen lassen"

Schusswaffeneinsatz an der Grenze? Empörung über AfD

Die Vorsitzende der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD), Frauke Petry, hatte dem «Mannheimer Morgen» gesagt, Polizisten müssten illegalen Grenzübertritt verhindern, und dabei »notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz«.
Ihre Stellvertreterin Beatrix **von Storch** legte später auf Facebook nach

Die Radikalisierung der AfD kennt keine Grenzen mehr.

Die Radikalisierung der AfD und anderer in ihrem Schatten kennt keine Grenzen mehr. Doch gerade weil es so eine Horrorvorstellung ist, dass Leute wie Petry, Storch oder Höcke noch mehr politischen Einfluss gewinnen, muss das Zurückweichen der etablierten Parteien aufhören. Sonst wird dumpfer nationalistischer Fremdenhass nach und nach auch hierzulande Staatsräson. Wann endlich einigt man sich in Kommunen, Ländern und bundesweit - über Parteiendifferenzen hinweg - auf eine AfD-Obergrenze? Bevor deren bürgerlich gefällige braune Brühe weiter über alle demokratische Ufer schwappt.


ten, Kirchen und Pressehäusern „prügeln“. Die Bewegung, die sich öffentlich friedlich gebe, habe sich jetzt entlarvt, sagte Tillich weiter. Sicherlich werde sie nun ein Fall für die Justiz und die Strafverfolgungsbehörden. Nach der Rede in Leipzig war Festerling unter anderem vom

Paralleluniversum von Wahrheiten

Teil der AfD-Strategie, sich ein Paralleluniversum von Wahrheiten zu schaffen, ist es, sich verschiedenster Argumentationen und Symbole zu bedienen, die das kritisieren, was oft als

»herrschender Diskurs« oder »Mainstream« bezeichnet wird.
Das Wahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt (wo bald Landtagswahlen stattfinden) ist einer Analyse zufolge »völkisch-nationalistisch«.
Die deutsche Geschichte solle nicht auf »zwölf Unglücksjahre« reduziert werden. Und Theater sollen mehr »deutsche Stücke« spielen, damit sich die Identifikation mit dem Land bessert.

...und die Bundespolitik?

Den AfD- Höhenflug haben Regierungspolitiker allerdings mitzuverantworten. Letztlich hat die AfD . durch den Streit um die Talkrunden zusätzliche Aufmerksamkeit erhalten. (25.1.2016)

ZU PERSONEN BEI ANDEREN GELESEN

Der Apfel fällt nicht weit vom faulen Stamm

Die AfD Politikerin von Storch hat den Schusswaffengebrauch gegen Asylsuchende verlangt - ein unglaublicher Vorgang. Man soll ja keinem seine Herkunft vorwerfen, doch manchmal fällt der Apfel nicht weit vom verfaulten Stamm.

Ihr väterlicher Großvater war SA Standartenführer und bettelte bei Himmler unter Verweis auf seine »Verdienste« um Anteil an der Nazibeute: »Ich wäre ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich kurz wissen lassen würden, ob grundsätzlich die Möglichkeit des Ankaufs größerer Güter im Osten nach Kriegsende für mich gegeben sein wird«, schrieb unter Hinweis auf seine insgesamt sechs Söhne am 2. Juni 1941 Nikolaus Erbgroßherzog von Oldenburg an den SS-Reichsführer Heinrich Himmler, worauf er eine positive Antwort bekam, (siehe »Vom König zum Führer«, FischerTaschenbuch Verlag Frankfurt am Main 2004)

Äußerst kontroverse Person: Die Berliner AfD-Chefin Beatrix von Storch polarisierte bereits in der Talkshow von Anne Will. FP 31.1.2016

Der mütterliche Großvater, Graf Schwerin-Krosigk, war Hitlers Finanzminister, war führend am Raub jüdischen Eigentums beteiligt und stand dafür in Nürnberg vor Gericht. 1951 amnestierte ihn die Alt-BRD, und der Herr konnte ungestört seinen Lebensabend genießen. Jeder verarbeitet seine Familiengeschichte auf eigene Weise!

Roland Blanke, Berlin
Leserbrief / nd 6.Febr.2016

Die Bundesregierung wirkte in den vergangenen Monaten zuweilen wie eine Getriebene von AfD und Pegida. Deren Forderungen werden von Schwarz-Rot teilweise diskutiert und mitunter auch umgesetzt. Ein Beispiel hierfür ist die von den Rechten verlangte »konsequente Abschiebepolitik«. Nach den Plänen der Großen Koalition soll es künftig möglich sein, vermehrt kranke Asylbewerber zwangsweise auszuweisen.
Dagegen kann nur eine Politik, die sich inhaltlich klar von der AfD distanziert, diese Partei auch glaubwürdig bekämpfen. 29.1.2016

Zur Sache
ANGEMERKT

Charlotte Knobloch: Verantwortung für heute in Deutschland „Pegida, Legida und Co. sind keine Patrioten.

Auch der Sächsische Landtag erinnert gestern an die Opfer der Nationalsozialisten. Gastrednerin ist **die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch.** Sie stellt unmissverständlich heraus, welche Verantwortung für heute aus der Vergangenheit erwächst. (28.2.2016)
„71 Jahre nach dem Holocaust werden auch in Europa wieder Menschen ausgegrenzt, diffamiert und ermordet, weil sie Juden sind", sagt Knobloch.

Judenfeindlichkeit sei „längst wieder salonfähig geworden".
Antisemitismus wuchere „an den schmutzigen Rändern rechts und links, aber er keimt auch in der bürgerlichen Mitte auf". Antijüdische Schmierereien und Schändungen, Zuschriften und Anrufe seien Alltag.
Vor allem in Sachsen gebe es leider besonders viele Gleichgesinnte mit einer Ideologie, die von Feindseligkeit und einem Weltbild geprägt sei, das alle gesellschaftlichen und politischen Institutionen unter Generalverdacht stelle.
„Pegida, Legida und Co. sind keine Patrioten. Sie sind Scharfmacher, Brandstifter." Das betreffe auch Teile der AfD, sagt Knobloch und spricht deren Parteichefin, die im Saal sitzt, direkt an: „Frau Dr. Petry, ich kann Sie und ihre Fraktion nicht aus der Verantwortung nehmen", sagt Knobloch. „Ihre Partei bringt zu viele Gestalten und Thesen hervor, die nicht nur Geschmackssache sind, sondern radikal rechts, nationalistisch und somit gefährlich." Knobloch erntet lang anhaltenden Applaus.

Uwe-Karsten Heye:
Rechtsextremismus in Deutschland »sträflich unterschätzt«.

Angesichts zahlreicher rechtsradikaler Angriffe auf Flüchtlinge, Flüchtlingsheime und auf Helfer

sieht **der ehemalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye** den Rechtsextremismus in Deutschland »sträflich unterschätzt«. Bei über 370 Strafbefehlen, die nicht vollzogen werden können, weil die Rechtsextremisten in den Untergrund gegangen sind, »braut sich was zusammen«. Wie kommt es zu dieser Stimmung?

Marktradikalen Einflüsterungen, die falsche Richtung

Hier muss man zweierlei beachten: Einmal hat sich herausgestellt, dass die marktradikalen Einflüsterer aus der Wirtschaft - und auch von den Freien Demokraten, mit ihrem »so wenig Staat und so viel Markt wie möglich« - in eine falsche Richtung gegangen sind. Die Einsparungen an der Polizei haben dazu geführt, dass auch Sicherheit zu einem Produkt geworden ist. Sicherheitsfirmen boomen. Das ist eine fatale Entwicklung. Es ist notwendig, das Gewaltmonopol des Staates zu sichern.

Das betrifft ja nicht nur die Polizei!

Zum Anderen geht es auch um die Frage, wie wir die Spaltung in der Gesellschaft überwinden. Wie schaffen wir es, dass es nicht dabei bleibt, dass

immer weniger immer reicher werden und immer mehr durch den Rost fallen? Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst unterhalb der Armutsgrenze auf, hat keine Chance, an der kulturellen Wirklichkeit unserer Gesellschaft teilzuhaben. Permanent wird versucht, selbst den Mindestlohn wieder einzuschränken. Dies führt zu gesellschaftlichen Defiziten, die einhergehen mit einem Zulauf am rechten Rand. Um dem wieder Herr werden zu können, müssen wir die soziale Balance wieder herstellen. Ich kann ja nur ablesen, dass 65 Prozent aller Vorfälle gegen Flüchtlingsunterkünfte in den neuen Ländern stattfinden. Da muss man sehr genau hinsehen.

Vergleich zwischen Potsdam und Dresden

Vergleicht man etwa Potsdam und Dresden: In Potsdam hat die Stadtregierung von Anfang an mit offenen Karten gespielt und so einen Diskurs in die Stadt getragen, der ein offenes, fremden- und gastfreundliches Meinungsbild nach sich gezogen hat.

In Dresden marschieren über Jahre beim Gedenken an die Bombardierung der Stadt Rechtsextreme auf, und die, die sich ihnen in den

Weg gestellt haben, geraten in den Fokus der Polizei.

Dort hat die Landesregierung noch in der Anfangsphase von Pegida den Eindruck erweckt, es gäbe nichts Wichtigeres, als den »besorgten Bürger« zu treffen und ihm zuzuhören. Gerade in Dresden, einer Stadt mit solchen Wunden aus dem Zweiten Weltkrieg, ist es Aufgabe der Stadt, alles dafür zu tun, dass niemand von der falschen Seite aus der Geschichte Kapital schlagen kann.

Ist der Rechtsextremismus also ein ostdeutsches Problem?

Problem des Rechtsextremismus nicht zwischen Ost und West aufteilen

Dass wir das Problem des Rechtsextremismus nicht zwischen Ost und West aufteilen dürfen, ist klar. Es macht gar keinen Sinn, mit dem Finger immer in die andere Richtung zu deuten. Aber es ist auch klar, dass unterschiedliche Mentalitäten zwischen Ost und West zu beobachten sind. Ich glaube, dass die Angst vor Fremdheit - oder vielleicht ist es gar keine Angst, sondern die Scheu, mit Fremden in Kontakt zu kommen - in den neuen Ländern größer ist als in den alten. Dort hat es auch gedauert, bis man gelernt hat, dass man keine Gastarbeiter, sondern Menschen eingeladen hatte. 30./31.1.2016

Jens Eumann:
Das überfällige Ende der Langmut
Nazi-Provokateure machen sich
Anti-Flüchtlings-Demonstrationen zunutze

Nach dem Verbot einer rechtsextremen Websit ist der Redakteur Jens Eumann in einem bemerkenswerten FP-Artikel auf Hintergründe und Zusammenhänge eingegangen.

Immerhin gibt es Aufrufe zu Gewalt und Verunglimpfungen von Personengrappen

Immerhin gibt es Aufrufe zu Gewalt und Verunglimpfungen von Personengrappen, die aus Sicht der Hetzer schlicht die falsche Religion, die falsche Hautfarbe oder den falschen Beruf haben, nicht erst seit gestern. Der Vorschlag, mit einem „Präzisionsgewehr" Jagd auf Politiker zu machen und der Kanzlerin eine Kugel zu verpassen, stammt von — 2008.

Zu lange ließ man ungesühnt, was nicht Entgleisung, sondern überlegte Hetze ist. Was solche Langmut provoziert, zeigt sich derzeit. Rechtsextreme Hasspredigten finden sich nicht mehr nur auf einschlägigen Plattformen, sondern in Chats normaler sozialer Netzwerke.

2011, Tage nach Auffliegen des „Nationalsozialistischen Untergrunds" und der ihm zugeschriebenen Morde, musste man auf Neonazi-Netzwerken nachschauen, um so deutliche Bekenntnisse zu finden wie: „Paulchen, Paulchen, mach' doch weiter", was der Kommentator aufs Paul-Panther-Mordbekenner-Video bezog. Heute sind ähnlich „geschmackvolle" Hinweise von Neonazi-Seiten auf andere übergequollen. Etwa auf die Facebook-Präsenz der Gruppe „Widerstand Chemnitz", die gegen Flüchtlinge Front macht.

Wer wird in Einsiedel ans Mikro gelassen wird

Unterm dort eingestellten Foto eines Tisches in Hakenkreuz-Form mit dem vermeintlich lustigen Hinweis „Neu bei Ikea" fanden sich binnen weniger Tage an die 90 „Gefällt mir"-Einträge.

Ob das Einstellen solcher Symbole die Schwelle verbotenen Verwendens von verfassungswidrigen Kennzeichen nimmt, müssen Strafrechtler entscheiden. Fakt ist, Bekenntnisse zu Nazi-Symbolik ! und Gewaltaufrufe haben auch die virtuelle Welt längst verlassen.

Wenn sie in ihren Reihen entsprechende Parolen und Symbole dulden, dürfen sich Pegida-Demonstranten nicht wundern, wenn man sie als Neonazis sieht. „Eure Galgen sind schon gezimmert", ließ die Neonazi-Band „Deutsch Stolz Treue" einst auf Fan- Shirts drucken. Unlängst trug ein Pegida-Demonstrant, der angeblich nicht zur rechten Szene gehört, Galgen mit Reservierung für Sigmar Gabriel und Angela Merkel spazieren.

Auch Chemnitzer in Einsiedel dürfen sich nicht die Augen reiben. Wer Mitglieder der verbotenen Nationalen Sozialisten in seinen Reihen akzeptiert, wer Leute ans Mikro lässt, die mit Schwarzer Sonne am Finger schon mal SS-Huldigung zur Schau tragen, kann sich nicht wundern, wenn er als Nazi-Sympathisant durchgeht.
Mal unerkannt, mal geduldet, mischen sich Nazi-Provokateure derzeit unters Volk. In dieser Zeit haben das Verbot und die Haftbefehle besonderen Wert. Sie zeigen: Der Staat ist gewillt, die Grenze klarzumachen, wo Meinungsfreiheit endet und wo Straftaten anfangen. 28.1.2016

Asyl: Hund del auf der Straße

NEIN, NEIN, NEIN, WIR WOLLEN ALLES NUR BESORGTE BÜRGER SEIN

Höhere Kosten für Flüchtlinge

Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge in Chemnitz werden die Stadt mehr kosten als bisher erwartet. Das sagte Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig gestern in der Stadtratssitzung. Bisher hatte die Stadt dafür ein Minus von rund zwei Millionen Euro in den Haushalt für das laufende Jahr eingeschrieben. Doch dieses werde auf voraussichtlich sieben Millionen Euro anwachsen, sagte Ludwig. Das Geld solle nachträglich vom Freistaat zurückgefordert werden. Allein für die Anmietung

Bereits an der Auftaktkundgebung am Falle der Auffahrt zum einstigen Pionierlager anschließend zu der Einrichtung, die das Land Sachsen zur Unterbr

Schätzungsweise rund 700 Menschen haben gestern Abend gegen das geplante Flüchtlingsheim im einstigen Pionierlager

deren Stadtteilen und aus Na erten im Erzgebirgskreis akt tentitzer.

Ein Bild, das sich in den kom den Wochen noch öfters wiederho len könnte. Einer der Organisatoren kündigte an, man wolle diese De-

hier sprecht."

Rita Pfeifer Teilnehmerin aus Einsiedel

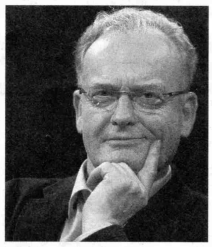
tern auf dem Gelände. Auch die Holzverkleidung der Gebäude bereitet vielen Sorge.

nahmeeinrichtung in Einsiedel, CDU-Fraktionsvorsitzender Tino Fritsche sagte, wenn es dazu kom-

Auch Chemnitzer in Einsiedel dürfen sich nicht die Augen reiben. Wer Mitglieder der verbotenen Nationalen Sozialisten in seinen Reihen akzeptiert, wer Leute ans Mikro lässt, die mit Schwarzer Sonne am Finger schon mal SS-Huldigung zur Schau tragen, kann sich nicht wundern, wenn er als Nazi-Sympathisant durchgeht. Mal unerkannt, mal geduldet, mischen sich Nazi-Provokateure derzeit unters Volk. Jens Eumann

Friedrich Schorlemer:

Wider die rechtspopulistischen Nebelkerzen - Grundgesetz gilt für alle



Unter der Überschrift **Mensch Merkel,** ist der Theologe und Publizist Friedrich Schorlemer in Zeitung **neues deutschland** auf die Fragen eingegangen: Sollte Deutschland seine Grenzen dichtmachen? Was wäre das für ein Deutschland? Was wäre das für ein Europa?

Doch was tun, wenn die »Stimmung« kippt, wenn populistisch »argumentiert« wird, wenn fremdenfeindlich gehetzt, angstschürend geredet, gedruckt, gebrüllt wird, bis geplante Unterkünfte brennen? Dann sind alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen herausgefordert, öffentlich gegenzuhalten: sachbezogen, empathisch, engagiert in eigenem Auftrag. Unverzüglich. Unsere Gesetze, zumal das Grundgesetz, gelten für alle in gleicher Weise. Angesichts der rechtspopulistischen Nebelkerzen aus CSU, Teilen der CDU und der AfD muss das in Erinnerung gerufen werden:

Der Staat hat sich zu Genf bekannt

Das Grundrecht auf Asyl ist ein einklagbares Menschenrecht. Dies gilt auch für die Genfer Flüchtlingskonvention, die die Bundesrepublik unterzeichnet hat. Unser Staat hat sich zu den darin enthaltenen Versprechen bekannt. Deshalb sind diese Rechte nicht begrenzbar. Das wissen auch diejenigen, die über Obergrenzen oder flexible Tageskontingente für Flüchtlinge schwadronieren.

Das Grundrecht auf Asyl gilt unbedingt für alle, bei denen die im Gesetz genannten Bedingungen gegeben sind. Sicher, wer dieses Grundrecht missbraucht, weil er Straftaten begeht, dem kann dieses elementare Recht entzogen werden. Aber nicht an der Grenze, in Hotspots oder sonstigen Sammelstellen, sondern nur nach einer Verurteilung durch eines unserer Gerichte. Die Bundeskanzlerin, die bisher eher durch Abwarten, Moderieren, Aussitzen aufgefallen war. hat sich festgelegt und bleibt bei ihrer Auffassung, nicht stur, nur konsequent. In diesem Sinne ist sie eine Verfassungspatriotin; sie verteidigt die Grundrechte. In welchem geistig-politischen Zustand ist unser Land, dass sie dafür angefeindet wird? ...

Die Konsequenzen für dieses Handeln, das auf eine breite Willkommenskultur baut, haben wir alle zu tragen, nachdem Deutschland bis dato wenige Verbündete gefunden hat und die EU nunmehr vor einer in ihren Konsequenzen noch ganz Ungewissen Zerreißprobe (auch für Schengen und den Euro) steht. Es rächt sich, dass Deutschland in den letzten Jahren auch als wirtschaftlich auftrumpfender Lehrmeister Europas aufgetreten ist.

...Angst, Abwehr und nationaler Egoismus - verbunden mit einem Wir/Ihr-Dualismus - führen in erbarmungslose Reaktionen, zumal dann, wenn »Besorgte« und »Warnende« nicht sagen, was man denn mit den Flüchtlingen anders machen soll und kann.

Wissen "Bewegten Bürger" mit wem sie spazieren? - Wollen sie es wissen?

Stanislaw Tillich
Sächsischer Ministerpräsident
FOTO: STEPHANIE PILICK/DPA

Tillich stellt zunehmende Radikalisierung fest

BERLIN/DRESDEN – Nach Ansicht von Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) radikalisiert sich die „Pegida“-Bewegung zunehmend. Sie sei nicht nur ausländerfeindlich, sondern rufe „jetzt auch zu Gewalt gegen andere auf“, sagte Tillich der Zeitung „Die Welt“. „Pegida“ habe „die Maske fallen lassen“. Tillich bezog sich damit auf Äußerungen der Dresdner „Pegida“-Organisatorin Tatjana Festerling vom

Aus Freie Presse von 19. Januar 2016

Wer aber Probleme, die es mit den Mengen an Flüchtlingen fast unvermeidlich gibt, übersieht und übergeht, gießt fahrlässig Wasser auf die Mühlen derer, die ihr fremdenfeindliches Argumentationsschema bestätigt sehen. Auf fremdenfeindliche Emotionen einzugehen, heißt nicht, ihnen nachzugeben. Wer verantwortlich und an Menschenrechten orientiert handelt, wird

nicht Ängste schüren, aber auf sie reagieren und sie so aufgreifen, dass sie auf ihren rationalen Kern zurückgeführt, praktisch vermindert, sozial und psychologisch bearbeitet werden. Blinde Flüchtlingsfreunde sind im Effekt bisweilen so gefährlich wie blinde Flüchtlingshasser. Die soziale Not von »Einheimischen« angesichts der Sach- und Geldleistungen für die Flüchtlinge darf nicht aus dem Blick geraten. Das eine darf nicht gegen das andere ausgespielt werden.

Das ist eine der schwierigen, wichtigen, unverzichtbaren Vermittlungs- und Erklärungsaufgaben der politisch Handelnden. (Hier ist das öffentliche Wort des Bundespräsidenten im Lande und nicht in Davos gefordert.) Von den führenden Politikern der AfD (von Pegida und NPD ganz zu schweigen) war noch kein Wort des Mitgefühls für Flüchtlinge oder für die praktische Linderung von deren Notsituation zu hören. Nur Abschottung, äußerlich wie innerlich. Chauvinismus und Nationalismus waren bisher immer mit Herzenskälte und geistiger Enge gepaart. 27.1.2016

Klaus Ernst
Immer wieder ist zu fragen: Sag mir, wo du stehst?!

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, Klaus Ernst geht auch auf europäische Aspekte ein.

»Wir sind nämlich derzeit Zeugen eines gefährlichen Rechtsrucks in Europa. Ungarn ist inzwischen faktisch eine Rechtsdiktatur, Polen ist auf dem besten Weg dorthin, Frankreich droht eine rechtsextreme Präsidentin. In Köln und Leipzig marschieren Nazi-Mobs in SA-Manier durch Stadtviertel und verbreiten Angst und Schrecken. Tag für Tag brennen in Deutschland Flüchtlingsunterkünfte. Ausländer werden geschlagen, bedroht, beschossen. Der AfD wird in allen deutschen Parlamenten der Einzug prognostiziert.« (15.1.2016)

Tom Strohschneider: Anstieg rechtsradikaler Angriffe auf Flüchtlinge - Die Stimmung ist gekippt

In einem Kommentar schrieb der Chefredakteur der Tageszeitung neues deutschland, Tom

Strohschneider: Die schrillen Medien werden noch schrille. »Der Titel einer Polit-Illustrierten schrie drohend: Das Land stehe »Auf der Kippe« - wegen der Flüchtlinge, wegen Köln. »Die Stimmung kippt«, titelte eine Wochenzeitung. Das alles klang nach Abgrund und war doch sogleich schon einen Schritt weiter - eine Umfrage sollte es belegen: Eine knappe Mehrheit ist nun mit Merkels Kurs in der Asylpolitik unzufrieden. Ein Kollege von einem Magazin meldete Vollzug: »Die Stimmung ist gekippt.« ...

Wer sagt, die Stimmung kippe jetzt, erklärt das Ende einer längeren Phase. Natürlich hat Köln die Debatte über die Asylpolitik, das Bild der Flüchtlinge, die Krise der Politik im Umgang mit

Menschen auf der Flucht verändert. Wir reden anders darüber, es ist noch emotionaler geworden, noch ernster, noch unerbittlicher. Aber ist die Substanz wirklich neu? Nein: Die »Stimmung ist gekippt«-Parolen bringen den bereits existierenden Schrecken zum Verschwinden: Gerade laufen neue Zahlen über den Anstieg rechtsradikaler Angriffe auf Flüchtlinge über den Ticker. Es geht um das vergangene Jahr. Die Stimmung ist längst da.
16./17.1.2016

Gerd Wiegel: Kalkulierter Tabubruch Über das ausbleibende Gegenbild zur Propaganda der AfD

Der kalkulierte Tabubruch gehört zum Standardrepertoire des Rechtspopulismus und ist ein erprobtes Mittel seiner medialen Inszenierung. ... Der Aufschrei der anderen garantiert den Zusammenschluss der eigenen Reihen. Nichts ist für den Rechtspopulismus gefährlicher als Differenzierung, Abwägen und Selbstreflexion. Insofern treibt der Tabubruch die Anhänger zum Dezisionismus, zur Entscheidung für oder gegen die Partei, zur bedingungslosen Verteidigung und damit zur Gefolgschaft. ...

»Selbstentlarvung« wird bei den Anhängern der Partei nicht funktionieren

... Insofern wird diese Form der »Selbstentlarvung« bei den Anhängern der Partei keinen negativen Effekt haben, weil man sich hier längst von den Maßstäben des politischen Common sens verabschiedet hat.

Hier ist der wirkliche Bruch zu verorten, der von AfD und Pegida markiert wird: der größte Teil ihrer Anhänger ist von den etablierten Parteien und Medien kaum mehr zu erreichen, womit deren Frontstellung gegen die AfD nur noch als Bestätigung für die eigene Position und die von Partei und Bewegung aufgefasst wird.
Wenn selbst der Verfassungsschutz erkennt, dass die fehlende Abgrenzung konservativ bürgerlicher Kreise zum Rechtspopulismus den Kern des Problems ausmacht, dann erscheinen Rufe nach eben diesem zur Überwachung der AfD nur noch als Ausdruck von Hilflosigkeit. Was soll der Verfassungsschutz über die Partei offenbaren, was sie nicht selbst in aller Öffentlichkeit tut?

Nicht das Etikett »Rechtsextremismus« ist entscheidend für den Kampf gegen die AfD, sondern die Frage, welche Gesellschaft die AfD und ihre Anhänger anstreben und was dem entgegengesetzt werden soll.
Die Regierung Merkel schlägt jedoch den Weg der Angleichung, nicht des Gegenbildes ein und bestätigt damit im Grundsatz die Position der AfD, von der man sich nur noch im Tonfall unterscheiden will. Alle Beispiele aus den europäischen Nachbarländern zeigen, dass man dem Rechtspopulismus so nicht beikommen kann, sondern seinen Aufstieg befördert.

Was lässt sich jedoch von einer Regierung als Gegenbild erwarten, die im Grundsatz den neoliberalen Wettbewerb und damit den Kampf aller gegen alle zum Vorbild gesellschaftlicher Entwicklung erhoben hat? **Der Rechtspopulismus ist ein Ergebnis dieser**

Entwicklung der letzten dreißig Jahre. Das Gegenbild kann also nur von Kräften kommen, die antagonistisch dazu stehen. Jetzt wäre der Zeitpunkt, dieses Gegenbild endlich auszuformulieren. 3.2.2016

Gerd Wiegel ist Politikwissenschaftler, Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus der Linksfraktion im Bundestag.

Das Hauptproblem dieser Welt ist, dass die Fanatiker so selbstsicher sind, während die Klugen ständig zweifeln.
Bertrand Russel

Katja Kippings Buch zur »Flüchtlingskrise«

Wir müssen uns bewegen!

In einer Rezension zu einem aktuell im **Westend Verlag** herausgegebenen **Buch von Katja Kipping** geht der nd- Chefredakteur **Tom Strohschneider** auf den Inhalt ein.

...Hunderte Milliarden Euro wurden seit 2008 für die Rettung von Banken aufgebracht, die sich verspekuliert hatten. Über 60 Milliarden Euro gingen kurz darauf in Konjunkturpakete - als staatliche Wiederanschubhilfe für die kapitalistische Ökonomie. Mit fünf Milliarden Euro so genannter Abwrackprämie wurde die deutsche Automobilbranche gestützt. Und heute?

Da ist allerorten von Überforderung die Rede, weil sich viele Menschen nach Europa, nach Deutschland auf den Weg gemacht haben. Flüchtlingskrise wird das genannt, es ist in Wahrheit: eine Krise der Solidarität, eine Krise des politischen Willens. Oder sollen wir wirklich glauben, die Aufnahme und Integration von ein, zwei Millionen Menschen führe eines der reichsten Länder weltweit in den »Staatsnotstand«? Hier liegt sozusagen die dritte wirkliche Krise dieser angeblichen »Flüchtlingskrise«. Es ist eine Krise der Aufklärung, eine Krise des Denkens von Möglichkeiten, die abseits der ausgetretenen Pfade des Status quo verlaufen - die aber in einer öffentlichen Diskussion keine Chance haben, die von einem politisch-medialen Überbietungswettlauf angetrieben wird, in dem es immer nur noch schlimmer, immer nur noch katastrophaler, immer nur noch unmenschlicher werden kann. Eine Diskussion, in der die Neonazis die AfD antreiben, die AfD die CSU, die CSU den rechten Rand der CDU, die Union die SPD und so fort.

Ist denn wirklich nichts anderes denkbar als die zwei Varianten der Abschottungspolitik? Gibt es wirklich nur die Wahl, Flüchtlinge an der deutschen Grenze abzuhalten - oder schon früher, an den Außenmauern der tödlichen Festung Europa?
Die kleine rote Grafik aus dem Kurznachrichtendienst Twitter rückt die Relation in einer Diskussion zurecht, die kein Maß mehr zu kennen scheint. Ein Anliegen, das auch die Vorsitzende der Linkspartei verfolgt: Katja Kipping hat ein Buch geschrieben, das nicht der Logik der Überforderung folgt, das nicht aus Rücksicht auf die Wählerschaft das Lied der (auch in ihrer Partei immer mal) besungenen Kapazitätsgrenzen mitsummt. Es ist ein Buch, das ein stückweit außerhalb der üblichen Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen steht. Offenbar ist manches nur noch dort zu denken.
Natürlich dekliniert Kipping auch die tagesaktuellen Forderungskataloge ihrer Partei durch: Fluchtursachen bekämpfen statt die Flüchtlinge. Umverteilung nach unten statt nach oben. Ausbau des Öffentlichen statt Privatisierung. Sozialgarantie statt Verunsicherung. Bezahlbarer Wohnraum für alle statt neue Konkurrenz ums Überleben. Eine europäische »Fluchtumlage« statt des Wettlaufs der Entsolidarisierung in Europa.
Die eigentlichen Botschaft des Buchs von Kipping kann man aber auch anders verstehen: Eine bessere Zukunft, eine Alternative zum erbärmlichen Politschauspiel namens »Flüchtlingskrise«, liegt nicht in einer als besser imaginierten Vergangenheit, sondern in einer grundlegend anderen Zukunft.

2015 war ein Jahr der Zeitenwende

Nicht: Wir müssen zurück zu ... Sondern: Wir können erreichen, dass...
Wenn Kipping die aktuelle Lage zu einem historischen Punkt erklärt, ist das nicht übertrieben. 2015 war ein Jahr der Zeitenwende: die erste Hälfte bestimmt vom griechischen Versuch, aus dem krisenpolitischen EU-Beton auszubrechen, ein Versuch, der zunächst scheiterte, weshalb das Berliner Modell aus Exportnationalismus, autoritärem Institutionalismus und »Schwarzer Null« zunächst obsiegte. In der zweiten Hälfte des Zeitenwende-Jahres 2015 schlug dann das Pendel zurück - in mehrfacher Hinsicht: In den Fluchtbewegungen

zeigten sich die sozialen, ökologischen und humanitären Folgen einer lange verfolgten Strategie, die Kosten des Krisenkapitalismus auch aus Europa auszulagern, um den eigenen Wohlstand abzusichern. Und in dem Unwillen europäischer Regierungen, eine Asylpolitik ä la Angela Merkel zu betreiben, kam zugleich eine verspätete Reaktion auf deutsches Vormachtgehabe zum Ausdruck.

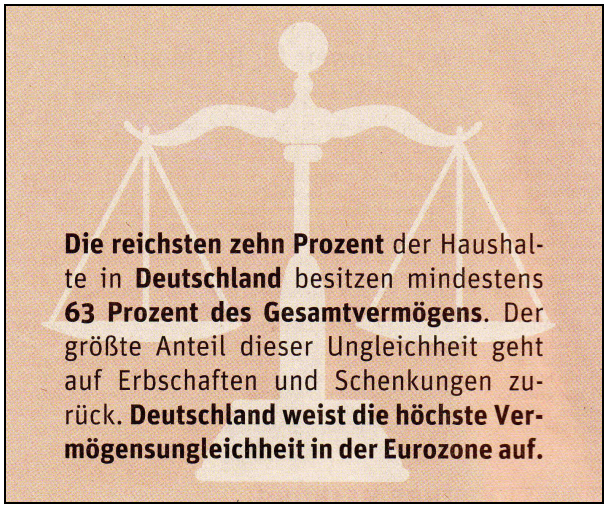
Wenn die Einschätzung richtig ist, dass es hier um mehr geht als eine vorübergehende politische Schwierigkeit, müssten also auch die Antworten weiter ausgreifen. Kippings Vorschläge laufen auf eine Verallgemeinerung von fortschrittlichen Kämpfen hinaus, die an den »kurzen Sommer der Solidarität« anknüpft, dabei klassische- Elemente sozialistischer und sozialdemokratischer Politik einbezieht, aber auch von den Chancen der vierten industriellen Revolution« nicht schweigt - und ebenso wenig von der Notwendigkeit, eine europäische Antwort zu finden statt sich »in die vermeintliche Sicherheit des Alten« wegzuducken: »Kleinfamilie, Religion, Nationalstaat«

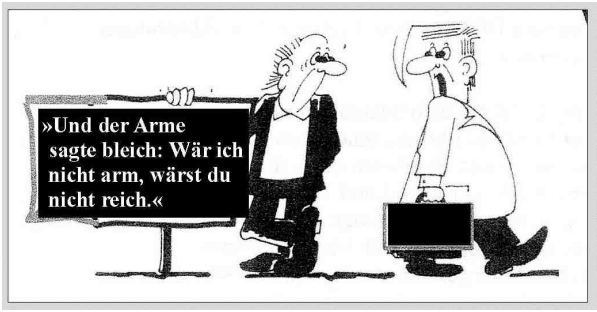
Diskriminierungsfreier Zugang zu Sozialleistungen für alle
Dreh- und Angelpunkte der Auseinandersetzung

Der Exkurs über die Idee einer »sozialen Unionsbürgerschaft« hätte in diesem Sinne etwas länger ausfallen können. Die Antwort auf die Frage, wie in allen EU-Staaten ein diskriminierungsfreier Zugang zu Sozialleistungen für alle möglich wird, wie zudem über ein gestaffeltes System von Mindesteinkommen ein erster wirklicher Schritt hin zur Gewährung transnationaler sozialer Rechte gegangen werden kann. dürfte einer der Dreh- und Angelpunkte der Auseinandersetzung werden - auch in der gesellschaftlichen Linken. Es geht am Ende um die auch für organisatorische Substanz von Parteien entscheidende Frage, in welchem Rahmen die Umsetzung verteilungspolitischer Vorstellungen angestrebt werden sollen - national oder europäisch.
Kipping weiß natürlich, dass die Neoliberalisierer fest im Sattel sitzen und die Rechtspopulisten von der rhetorisch befeuerten Verunsicherung profitieren. Das wirft eine Frage auf: »Wenn die Kräfteverhältnisse aber momentan so sind, woher dann die Hoffnung':'«
Kippings Antwort stützt sich auf drei Elemente: Erstens auf die Kämpfe, die schon laufen, ob es nun die der Prekarisierten, von Blocku-py und der Geflüchteten selbst sind. Zweitens auf die gesellschaftlichen Vernunft, die in einem »grenzübergreifenden Postkapitalismus« liegt. Und drittens: Weil die Alternative zu einem radikalen Kurswechsel eine Barbarei wäre, die nicht nur unsagbares Leid über Menschen bringen, sondern für lange Zeit auch die Möglichkeiten linker Veränderung zunichte machen würde.
»Es gibt keinen Automatismus. Wir können verlieren«, schreibt Kipping. »Aber das werden wir mit Sicherheit, wenn wir stillhalten.« Also müssen wir uns bewegen. 1.2.2016

Katja Kipping: Wer flüchtet schon freiwillig. Die Verantwortung des Westens oder: Warum sich unsere Gesellschaft neu erfinden muss. Westend Verlag 2016. 208 S., br., 16 €.

... und nicht vergessen, das Desaster Arm - Reich!





Wär ich nicht arm...

Den Brechtschen Vierzeiler, in dem sich »reicher Mann und armer Mann« gegenüberstehen, kennt jeder: »Und der Arme sagte bleich: War ich nicht arm, wärst du nicht reich.« In anderen Worten hat das jetzt noch einmal das Netzwerk Oxfam zusammengefasst: **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, die 3,5 Milliarden Menschen**

umfasst. Während die Superreichen in den vergangenen Jahren noch reicher geworden sind, ging das Vermögen der ärmeren Hälfte sogar noch zurück - obwohl im selben Zeitraum die Weltbevölkerung um 400 Millionen Menschen gewachsen ist. Und: Das oberste Prozent verfügt inzwischen über mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen.
Die Ursachen sind vielfältig. Oxfam verweist vor allem auf die unzureichende Besteuerung großer Vermögen und Kapitalgewinne sowie auf die immer noch existierenden Steueroasen, in die Profite verschoben werden.

Wo ist die Position?

In der Medienöffentlichkeit zählen vor allem Konfliktnachrichten - zumal, wenn sich sagen lässt, da würde irgendwer in der eigenen Partei, in der eigenen Koalition »rebellieren«. Eine Folge ist: Die tatsächliche Opposition wird zum Verschwinden gebracht.
Linkspartei und Grüne werden meist nur noch als Warner und Mahner wahrgenommen, die sich der Rechtsentwicklung innerhalb der Regierung entgegenstellen - und damit erscheinen sie als Akteure der dort inszenierten Binnenkonflikte.

Der »Staatsnotstand«-Diskurs, schafft es klassenpolitische Fragen aus der Debatte weitgehend zu eliminieren.

Was als »Flüchtlingskrise« verbrämt wird, ist in Wahrheit ein verteilungspolitisches Großdesaster, das nichts mit den Menschen zu tun hat, die hier Zuflucht suchen.
Das eigentliche Problem ist die selbst verursachte Handlungsunfähigkeit des Öffentlichen, die von jenen gefordert und per Steuersenkungen, Personalabbau und Privatisierungen ins Werk gesetzt wurde, die nun eine Lösung nur noch mit Grenzschließung, endgültiger Abschaffung des Asylrechts und der Fama vom möglichen Rückzug aus Europa propagieren. Was die Rechtstendenz noch verschärft.

Nötig wäre vor allem ein lebendiger Widerstand

Linkspartei und Grüne allein werden eine Linkswende nicht schaffen. Es geht aber nicht nur um die Frage, ob die SPD zu einer Kursänderung bereit wäre. Nötig wäre vor allem ein lebendiger Widerstand aus der Gesellschaft, der über antifaschistische Proteste hinausgehen müsste. **Wo sind die Gewerkschaften? Wo ist die Mehrheit der Bürger, die sich nicht in die Aufmärsche der »Besorgten« einreiht? Wenn Opposition mehr bedeuten soll, als sich am Ende vor Angela Merkel stellen zu müssen, um Schlimmeres zu verhindern, müssten jetzt die zusammenkommen, die sich gegen die Nationalisierung der sozialen Frage, antiaufklärerische Borniertheit und Spaltungen entlang ethnischer oder religiöser Konstruktionen und also gegen den Weg in den Maßnahmenstaat wenden.**
Die Stärke der Regierung liegt darin, dass diese Mehrheit kein politisches Momentum auf die Waagschale bringt. Merkels Koalition kann deshalb so tun, als wäre sie ihre eigene Opposition. Eine APO von rechts versorgt dieses Spiel der Bewahrung des Status quo mit Treibstoff.

Hat das Erzgebirge ein Image-Problem?

Im Advent war das Weihnachtsland wieder Anziehungspunkt. Doch Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte werfen die Frage auf, ob dadurch nicht Besucher abgeschreckt werden.

Frage in Freie Presse 4. Januar 2016

Geht es Merkel bald »an den Kragen«? Der Punkt ist, dass die Regierungsparteien selbst diese rhetorische Zuspitzung betreiben und damit Begriffen wie »Chaos« und »Notstand« öffentliche Wirkung zuteil werden lassen, die zugleich auch Ruf nach einer »Befriedung« von oben sind. So wird auch der Weg in autoritäre Ausnahmepolitik immer kürzer.
Es braucht dringend eine Opposition dagegen, eine, die jetzt verteilungs- und demokratiepolitische Fragen so wirksam in den Mittelpunkt rückt, dass sich über sie sagen lassen könnte: »Der Druck wächst.«

19.1.2016

AUFGEMERKT & ANGEMERKT zitier und kommentiert hier auch aus ZDF, T-online, den Tageszeitungen Freie Presse und neues deutschland ausführlich auf Bitten von Lesern, die sich Abos nicht leisten wollen, oder aus finanziellen Gründen nicht leisten können.